

Rainer kündigt sinkende Fleischpreise und mehr Freiheiten für Bauern an!

Alois Rainer (CSU) plant als künftiger Agrarminister keine Steuererhöhungen auf Fleisch und betont die Marktpreientwicklung.



Deutschland - Der designierte Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) hat klare Zukunftspläne für die deutsche Agrarpolitik skizziert. In einer Stellungnahme betonte Rainer, dass er sich strikt an den bestehenden Koalitionsvertrag halten und keine Steuererhöhungen, insbesondere auf Fleisch, einführen möchte. Dies steht im direkten Gegensatz zu seinem Vorgänger, Cem Özdemir (Grüne), der eine Abgabe von zehn Cent pro Kilo Fleisch vorgeschlagen hatte. Rainer lehnt diesen Vorschlag entschieden ab und sieht die Möglichkeit sinkender Fleischpreise, da er überzeugt ist, dass der Markt die Preise bestimmt.

In seinen zukünftigen Initiativen plant Rainer, die Speisepläne in

Kindergärten und Schulen zu überprüfen. Er warnt davor, rein vegetarische Optionen zu forcieren und erachtet eine ausgewogene Ernährung, die Obst, Gemüse, Fleisch und vegetarische Gerichte umfasst, als essenziell für die Gesundheit von Kindern. Damit hebt er die Notwendigkeit hervor, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel anzubieten und gleichzeitig die Freiheit der Landwirte zu unterstützen. Anreize sollen nach seiner Vorstellung Vorrang vor Verboten haben, um eine nachhaltige Agrarpolitik zu fördern. Dies steht im Einklang mit den Zielen des Koalitionsvertrags zwischen Union und SPD, der Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherung und Ressourcenschonung durch Freiwilligkeit und Eigenverantwortung anstrebt, wie [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) berichtet.

Die Herausforderungen der Landwirtschaft

Die Rolle der Landwirtschaft ist in Deutschland von existenzieller Bedeutung. Ein aktueller Agrarpolitischer Bericht zeigt, dass rund eine Million Menschen in 263.000 landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind, und dass die Bruttowertschöpfung in diesem Sektor fast 218 Milliarden Euro ausmacht. Dennoch steht die Branche vor zahlreichen Herausforderungen, darunter globale Krisen wie Klimawandel, Artensterben und geopolitische Konflikte. Diese Faktoren gefährden die Ernährungssicherheit und erfordern eine politische Unterstützung für die Transformation der Landwirtschaft hin zu nachhaltigem und resilientem Wirtschaften, so die Bundesregierung in ihrem Bericht.

Zu den zentralen Themen der Agrarpolitik zählen der Umbau der Tierhaltung, Klimaschutz und die Erhöhung des Anteils an Öko-Landbau auf 30%. Der Bericht hebt die Notwendigkeit hervor, die Honorierung von Gemeinwohlleistungen in der europäischen Agrarpolitik zu verstärken. Angesichts des wachsenden Drucks auf die Landwirtschaft wird auch die Bedeutung von fairen Preisen und der Zugang zu Agrarflächen immer relevanter. In den letzten fünf Jahren sind die Kaufpreise für Agrarflächen um rund 150% gestiegen, was besonderen Druck auf

Existenzgründer ausübt.

Gesundheits- und Umweltkosten

Eine Studie von Greenpeace, die die gesundheitlichen und ökologischen Folgekosten der Fleischproduktion analysiert hat, gibt an, dass diese in Deutschland etwa 21 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Insbesondere die Gesundheitskosten durch den übermäßigen Konsum von rotem Fleisch, Schinken und Wurst belaufen sich auf über 16 Milliarden Euro. Beate Richter von FÖS hat gefordert, diese Folgekosten in die Preise von Lebensmitteln einzubeziehen. Gleichzeitig plädiert Matthias Lambrecht von Greenpeace dafür, klimafreundliche Lebensmittel von der Mehrwertsteuer zu befreien, um einen nachhaltigeren Konsum zu fördern.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft, das anvisierte Ziel einer umweltfreundlicheren Agrarpolitik und die dafür nötigen Maßnahmen stehen also im Fokus der aktuellen politischen Diskussion. Rainer und die Bundesregierung setzen sich für eine gesunde und ausgewogene Ernährung ein, während sie gleichzeitig versuchen, die Landwirtschaft resilient gegen globale Herausforderungen zu machen, so die Analyse im **Agrarpolitischen Bericht 2023**.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• rp-online.de• www.tagesschau.de• www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de